

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7408.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Herausg.

"Tagblatthaus" Nr. 6550-33.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7408.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, auswärts mit Beleggeld. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wismarstraße 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Weibach: die dortige Ausgabestelle und in den benachbarten Ländern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Bsp. für örtliche Anzeigen; 50 Bsp. für auswärtige Anzeigen; M. 1.75 für längere Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unentgeltlich. — Anzeigen-Entwurf: für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lügow 6202 und 6203.

Samstag, 3. Mai 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 133. • 67. Jahrgang.

Versailler Verhandlungsbeginn.

—er. Berlin, 29. April.

Über den voraussichtlichen Gang der Dinge in Versailles herrschen zurzeit noch recht unklare Vorstellungen. Es gibt Leute, die sich die Sache so vorstellen: Den deutschen Delegierten wird das Aktenstück der 1000 Paragraphen überreicht. Sie haben sich wie Examenkandidaten darüber zu werfen und es zu studieren, und dann beginnen die Verhandlungen. So wird die schicksalsschwere Konferenz natürlich auf keinen Fall vor sich gehen. Dazu ist der Apparat auf beiden Seiten viel zu groß. Wie aus den letzten Pariser Meldungen hervorgeht, will sich — genau wie in Prest-Litowsk! — der „Sieger“ es sich nicht nehmen lassen, zunächst einmal den ganzen Umfang seiner Bedingungen zu verlesen. Das soll wirken. Das soll Eindruck machen. Man hat ausgerechnet, daß das Verlesen des Vorfriedensvertrages, wenn jeder Paragraph ungefähr eine Minute Zeit kostet, rund 33 Stunden dauert. Bei dem üblichen Achtstundentag der Diplomaten verteilen sich die 33 Stunden auf vier Tage. Beginnt die Verlesung am heutigen 29. April und macht die Konferenz die allgemeine große Stillstandsfeier des 1. Mai nicht mit (hoffentlich nicht), so wäre man erst am 2. Mai abends mit der ersten überflüssigen Formalität fertig. Dann könnte erst die Frist des Studiums beginnen. Vier Tage wären verloren. Das scheint man in Paris auch bereits einzusehen. Es werden Gegenentwürfe gemacht. Nicht verlesen! Aber auch nicht gleich die 1000 Paragraphen überreichen, sondern in einem Fragebogen die wichtigsten Gegenstände zusammenstellen und den deutschen Wortführer zu einer schriftlichen Antwort veranlassen. Diese Regelung erscheint nicht unvernünftig. Bei der Zersplittertheit der deutschen Delegationen ist es überflüssig, daß sofort heraus, ob überhaupt Verhandlungen möglich sind und worauf sie sich in erster Linie erstrecken müssen, um einen Weg der Verständigung zu eröffnen. So wird sich ja auch wahrscheinlich die Mittelstraße zwischen Diktat und Verhandlungsfrieden aushaken, in der Weise, daß man sich einigt über Punkte, die man verhandelt und über solche, die der Gegner als Ultimatum aufstellt. Es kommt ja auch im Privatleben häufig vor, daß der Stärkere erklart: Darüber lasse ich nicht mit mir reden! Aber während er an der einen Forderung unbedingt festhält, gelangt es dem Partner, wo anders etwas abzuhandeln oder doch überhaupt sich zu einigen. Ohne eine anfängliche scharfe Auseinandersetzung der ganz wenigen Hauptfragen, wie Kolonien, Gefangene, Blodade, Sarajewo, Polen, Danzig, Oberschlesien wird eine Annäherung des gegenseitigen Verständnisses nicht möglich sein. Die meisten Mitglieder der deutschen Delegationen werden ihre Köpfe und Schreibmaschinen zunächst etwas ruhen lassen müssen, bis im Quell der beiderseitigen an der Spitze stehenden Männer die erste Entscheidung gefallen ist. Sonst verirrt man sich ins Uferlose, und alle Geiseln der Wiener Konferenz von 1814 beginnen zu wanken. Die Besinnungsfrist, die immer wieder gefordert werden, verlieren sofort den Anstrich, wenn man sich vorstellt, daß die „Besinnung“ sich jedesmal nur auf eine bestimmte Frage beziehen soll. Solcher Regelung könnte wohl von deutscher Seite kein Bedenken entgegen. Vielmehr wäre ein solcher Antrieß zur Besinnung und Klärung nur erwünscht. Auch mit ihrer Vollmacht kämen die Abgesandten dabei nicht in Konflikt. Ihre Vollmachten gehen ja auf vollständige Verhandlung und auf das Recht, nach bestem Wissen und Gewissen anzunehmen oder abzulehnen. Über die Rolle, die dann noch die Nationalversammlung in Weimar spielen wird, darf man sich nicht täuschen. Es kann sich lediglich um eine beschließende Bestätigung handeln, was die Delegierten in Versailles getan haben. Sobald von dem Gedanken einer Volksabstimmung über Annahme oder Ablehnung ist man nachher überflüssig abkommen. So bestehend der Gedanke zuerst vielleicht erschien, es ist doch klar, daß damit noch nichts gewonnen und noch immer kein wirklich Verantwortlicher entlastet wäre. So übermenschlich schwer die Aufgabe unserer Unterhändler in Versailles auch ist, sie muß allein durchgeföhrt werden. Sie besteht in den ersten Tagen nur darin: Verhandlungen und dadurch Verständigungen zu vermeiden, nur das Wesentliche herauszuarbeiten und dem Partner anzuzeigen, daß es dessen einseitiger Vorteil ist, den Vorschlag schon in den Formalitäten zu überbrücken.

Die deutsche Delegation in Versailles.

Versailles, 1. Mai. Um die Fülle, in denen die deutsche Delegation untergebracht ist, sind unvollständige Vorstellungen zu treffen. Das Publikum darf die Gebäude nicht betreten. Die Straßen sind militärisch bewacht, jedoch darf die Bevölkerung dort verkehren. — Die Mitglieder, denen belgische Delegierte auf der Friedenskonferenz gehören eine dreihundertköpfige Kommission mit dem Vorsitz des belgischen Delegierten, der von der belgischen Regierung ernannt wurde, werden in der Kommission der belgischen Delegierten, denen außer dem belgischen Delegierten noch ein deutscher Delegierter angehört, einen Teil der belgischen Delegierten bilden. Nach dem Kampf habe man hauptsächlich über die ungünstige finanzielle Lage

Belgiens verhandelt. Der Präsident hat die vollständige Berücksichtigung der belgischen finanziellen Wünsche zugesagt. — Einige Blätter berichten, daß die Prüfung der Vollmachten der deutschen Delegierten hauptsächlich darauf gerichtet sein werde, festzustellen, ob unsere Unterhändler Vollmacht haben, ohne Anhörung der Nationalversammlung den Frieden zu unterzeichnen. Auch soll geprüft werden, ob Belgien noch als zum deutschen Staat gehörig angesehen werden könne.

Die Prüfung der Vollmachten.

Dr. Versailler, 1. Mai. Im Laufe des gestrigen Tages war Graf Brockdorff-Rantzau im Auftrag unserer Gegner telefonisch mitgeteilt worden, daß heute mittag um 12 Uhr im Hotel Trianon die Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen zur Prüfung der Vollmachten eintreffen würde und daß der Graf aufgefordert werde, morgen sich mit den deutschen Bevollmächtigten einzufinden. Der Graf ließ sagen, daß er die deutsche Kommission zur Prüfung der Vollmachten, bestehend aus dem Reichsjustizminister Landöberg, dem Generaldirektor der Rechtsabteilung der deutschen Friedensdelegation, Simon, und dem Justizrat des Auswärtigen Reichsministeriums, Ministerialrat Gaus, beauftragt habe, zur Prüfung der beiderseitigen Vollmachten zur angegebenen Zeit im Trianon zu sein. Daraufhin kam heute mittag die amtliche telefonische Mitteilung, daß der Präsident der gemeinsamen Prüfungskommission, Vizepräsident Jules Cambon, den Grafen Brockdorff-Rantzau bitte, selbst kommen zu wollen. Außer Cambon werden General Lam, General White für Amerika, Rat für Japan, zugegen sein. Da diese Herren sämtlich gleichzeitig Delegierte sind, gab der Graf die Antwort, er werde die deutsche Delegation persönlich einführen. Die Zusammenkunft fand heute nachmittag um 5.15 Uhr im Hotel Trianon statt, und zwar in ausgereifter Form und unter voller Wahrung der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit. Graf Brockdorff-Rantzau, die Mitglieder der Prüfungskommission, Justizrat Schauer als Dolmetscher, wurden bei ihrer Ankunft an den Delegierten der Gegner geleitet. Vizepräsident Cambon begrüßte sie mit einer Ansprache, etwa folgenden Inhalts: „Herr Graf! Wir haben Sie gebeten, hierher zu kommen, um die Vollmachten der deutschen Delegierten von Ihnen in Empfang zu nehmen. Unsererseits werden wir Ihnen die Vollmachten der Vertreter der alliierten und assoziierten Regierungen übergeben. Wie werden Ihre Vollmachten prüfen.“ Graf Brockdorff-Rantzau erwiderte: „Ich habe die deutsche Prüfungskommission beauftragt, die Vollmachten zu übergeben. Ich stelle hiermit den Vorsitzenden der Kommission, Reichsjustizminister Landöberg, vor.“ Der Minister Landöberg stellte hierauf die übrigen Mitglieder der Kommission und Herrn Schauer vor. Auf Anerkennung der deutschen Vollmachten darf gerechnet werden. Die Vollmacht der deutschen Delegierten ist eine Generalvollmacht.

Wann wird der Friede unterzeichnet?

Paris, 1. Mai. Als Termin der Unterzeichnung des Friedensvertrages wird jetzt der Montag genannt. Für die Unterzeichnung in Weimar scheint man 14 Tage bewilligen zu wollen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages wird nur mehr um den 1. Juni erwartet. Daß Wilson persönlich dabei anwesend sein wird, gilt nicht als sicher. Er hält vorläufig als Termin seiner Abreise den 30. Mai fest.

Deutschland und der Völkerverbund.

Paris, 2. Mai. Aus Paris meldet Reuters: Deutschland wird voraussichtlich innerhalb eines Jahres zum Völkerverbund zugelassen werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 1. Mai. Auf die an die Regierungen der Verbündeten gerichtete Bitte, den deutschen Flüchtlingen aus dem Rheinlande, Moson, Afrika, England usw., die noch nicht vor dem 1. August 1914 im besetzten Gebiet ihren Wohnsitz hatten, dort die Niederlassung zu erlauben, haben die Belgier erklärt, daß sie, falls die Auskünfte über die Flüchtlinge günstig lauten, hierzu ihr Einverständnis geben würden, so weit es das belgische Befehlungsgebiet betreffe. Die anderen alliierten Mächte haben noch nicht geantwortet.

Der Befreiung Münchens.

München, 2. Mai. Preussische Truppen sind gestern von Norden her in München einmarschiert. Bis zum Abend waren die Residenz, das Rathaus und das Mittelbayerische Palais von ihnen besetzt. In der Gegend des Bahnhofes und des Karlsplatzes finden gegenwärtig noch heftige Straßenkämpfe statt. Eine in der Stadt selbst gebildete provisorische Sicherheitswehr aus Münchener Bürgern und Arbeitern hat in die erbitterten Kämpfe eingegriffen. Es bestätigt sich, daß die Besetzung der roten Armee Fortschritte macht. Bei den Straßenkämpfen wurde von den Einwohnern aus den Häusern auf die roten Garisten geschossen.

Der Einmarsch der Regierungstruppen.

Berlin, 2. Mai. Heute mittag um 12 Uhr begann, wie wir an amtlicher Stelle erfahren, der planmäßige Einmarsch der Regierungstruppen in die bayerische Hauptstadt. Der Einmarsch erfolgte auch in den südlichen Stadtteilen, in denen die Spartakisten heftigen Widerstand organisierten hatten. Regierungstruppen, die von den Münchener Bürgern unterstützt werden, haben die wichtigsten öffentlichen Gebäude be-

setzt. An einigen Punkten der Stadt sind seitens der Anführer Verteidigungspunkte eingerichtet worden.

Von den Führern der Spartakisten sind Landauer, Galhofer sowie Dr. Kähler verhaftet worden. — Schwabing befindet sich bis zur Briener Straße in der Hand der Regierungstruppen.

Bamberg, 2. Mai. Nach den vormittags bei der Regierung in Bamberg eingelangten Nachrichten haben die Regierungstruppen nunmehr den ganzen Norden Münchens bis zur Briener Straße, der Ludwigstraße und von der Lannstraße bis zum Siegestor in ihren Händen. Sie wurden unterstützt von Münchener Bürgern, die sich zu einer Bürgerwehr vereinigt haben. Die Eisbarücken sind ebenfalls in den Händen der Regierungstruppen.

Rosenheim hat trotz der Abmachungen Führer und Waffen nicht ausgeliefert. Die Stadt wurde daher von dem Kreiskorps Passau nach Kampf genommen. Die Spartakisten haben sich bei Rosenheim verweigert. Bei einem in Rosenheim erbeuteten Geschütz der Spartakisten wurde von unseren Truppen Gasmunition vorgefunden. Bei dem Kampf um Dachau wurden von den Spartakisten Infanteriegewehre verwendet, deren Spitzen abgefeilt waren.

Die Führer der Kommunisten.

Bamberg, 2. Mai. Die Sorge der Regierung Hoffmann dreht sich darum, die Führer der Münchener Kommunisten nicht entkommen zu lassen. Man hat Kunde erhalten, daß bei den Meinungsverschiedenheiten im Volksrat die Truppen der roten Garde ein scharfes Augenmerk auf ihre Führer haben. Es sollen nicht, daß ihre Führer, wie das schon oft der Fall war, entkommen und ihre Truppen auf Gnade und Ungnade der Regierung Hoffmann unliefern.

Die Entführung von Geiseln.

München, 2. Mai. Ein von der kommunistischen Regierung vorbereiteter Anschlag teilt mit, daß von dem verhafteten Geiseln verschiedene Persönlichkeiten, darunter Geheimrat Döderlein, Professor Studt, Rüst und Rüstlin von Thurn und Taxis, Rüst Wrede und andere erschossen worden sind.

Bamberg, 2. Mai. Die von anderer Seite vorliegende Meldung, daß die Kommunisten in München Geiseln erschossen haben, wird hier bestritten. Es soll sich um sechs Personen, darunter den Feldherren Graf Bothmer, handeln.

Keine Verhandlungen, sondern bedingungslose Unterwerfung.

Bamberg, 1. Mai. Die Regierungstruppen standen am Mittwoch in engem Ring um München, und zwar vom Westen bis zum Südosten der Stadt. Weiter südlich war der Abstand etwas größer. Darauf bildete sich gestern ein neuer Zentralrat in München, der Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann einleiten wollte. Der Minister hat diese jedoch am Mittwochabend abgelehnt, wenn nicht bedingungslose Unterwerfung eintreite. Die Antwort des Ministerpräsidenten lautet wörtlich: „Bedingungen unannehmbar. Legt die Waffen nieder. Widerstand zwecklos.“

Rufschüsse.

Bamberg, 1. Mai. Nach mündlichen Rufschüssen in Nürnberg kam es in Forchheim und Weiden zu keinen Unruhen. Beide Orte wurden durch Regierungstruppen vorübergehend besetzt. Dabei kam es zum Widerstand und Angriff auf die Truppen und zu Schießereien. Tote und Verwundete sind zu beklagen. Die Ruhe ist wiederhergestellt. Beide Orte sind jetzt in der Hand der Regierung.

Der Belagerungszustand über Hagen.

Geseßberg, 1. Mai. Gemäß den Anordnungen des Reichskommissars Severing sind Regierungstruppen, Teile des westfälischen Korps Richthausen in Geseßberg, Hagen und Hagen eingerichtet. Über Geseßberg und Hagen, Stadt und Land, ist der Belagerungszustand verhängt. Für die Aburteilung bestimmter Straftaten sind die Kriegsgerichte in Münster und Essen zuständig. Sämtliche für heute geplanten Versammlungen und geselligen Veranstaltungen jeder Art wurden untersagt. Die Straßen dürfen nach 10 Uhr abends nicht mehr betreten werden. Die im Privatbesitz befindlichen Waffen müssen abgeliefert werden.

Die neue Regierung in Braunschweig.

Braunschweig, 1. Mai. In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung, zu der auch die bürgerlichen Parteien wieder erschienen waren, wurde auf Grund eines mehrheitlich sozialistischen Vorschlags eine neue fünfteilige Regierung gebildet, und zwar wurden gewählt: die Reichstagsabgeordneten Dr. Jasper und Steinbrücker mit je 29 Stimmen, die U. S. Gerde mit 29 und Junke mit 51 Stimmen sowie Finanzpräsident Barzel mit 51 Stimmen.

Eine Frau als Vortragender Rat.

Berlin, 2. Mai. Im Reichsarbeitministerium ist mit dem heutigen Tage eine Frau als Referentin zur Einstellung bekannt. Frau Dr. Gieseler wird in der Abteilung 4 des Ministeriums, in der die Arbeitsbeschäftigungsförderung arbeitet, die Tätigkeit eines Vortragenden Rats ausüben.

hi Frankfurt a. M., 2 Mai. Die Stadterordneten-Versammlung bewilligte 400 000 M. zum Ankauf des Kaufmännischen Vereinshauses, das zu Poll-Altungswegen dienen soll. Etwa 1 100 000 M., die noch zum Erwerb des Hauses fehlen, sind durch Estimationen ausgedreht. Den Geschäftslenten, die bei den Minderingen am 31. März schwere Sorgenfalten erlitten, wird durch Verleihung der Versammlung Schadenersatz insofern insoweit geleistet, als ihnen weiteren Inhabern der Konfektionsgeschäfte Reiter aus den fälschlichen Bogen zur Verleihung gestellt. Die Wiederherstellung der Schadenssummen soll durch das Reich erfolgen. — Um 118 000 wurde ein hiesiger letzterer Vorsteher letzterer Erbschaften einem Holzkorn zum Aufbruch eines gemischten Geschickes zwei Seideln über die genannte Erbschaft. Der gute Freund erbot das Geld an einer hiesigen Bank, machte aber nicht das Geschäft, sondern nahm seine „Gentian“ und verließ mit ihr eilend im Auto Frankfurt. Das Paar wußte zunächst von Heidelberg, dann nach Mannheim, eilend verfuhr, die sichere Schweiz zu erreichen.

